

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

Gespannte Lage auf Arbeitsmarkt

Bern (AP) Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist nach wie vor angespannt. Während die Arbeitslosenquote in der Schweiz im Februar von 4,6 auf 4,8 Prozent gestiegen ist und somit eine abgeschwächte Zunahme gegenüber dem Vormonat verzeichnet hat, ist die Kurzarbeit im Januar massiv angestiegen, wie das BIGA am Mittwoch in Bern mitteilte. Eine Stabilisierung ist erst 1994 in Sicht.

Ende Februar waren in der Schweiz 147 469 Stellensuchende bei den Arbeitsämtern eingeschrieben. Dies waren 5955 mehr als im Januar, wie das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) am Donnerstag mitteilte. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen stieg demgegenüber um 1377 auf 8139. Im Januar hatte sich die Arbeitslosenquote noch von 4,2 auf 4,6 Prozent erhöht.

Wie BIGA-Direktor Jean-Luc Nordmann auf Anfrage sagte, entspricht die abgeschwächte Zunahme der Arbeitslosenquote den Erwartungen und bedeutet einen Schritt in die richtige Richtung.

Zwei Weihbischöfe für Bischof Haas

Bern (spk) Der Papst hat im Fall Haas eingegriffen: In einem Brief vom 1. März 1993 hat er dem Präsidenten der Schweizer Bischofskonferenz (SBK), Pierre Mamie, mitgeteilt, der Churer Bischof Wolfgang Haas erhalte zwei Weihbischöfe zur Seite gestellt. Fündig wurde der Papst in der Person des 65jährigen Jesuiten Peter Henrici und des 59jährigen Marianisten Paul Vollmar.

Mehr über die neuen Weihbischöfe auf Seite 2.

Entscheidung über die Neugestaltung des künftigen Regierungsviertels

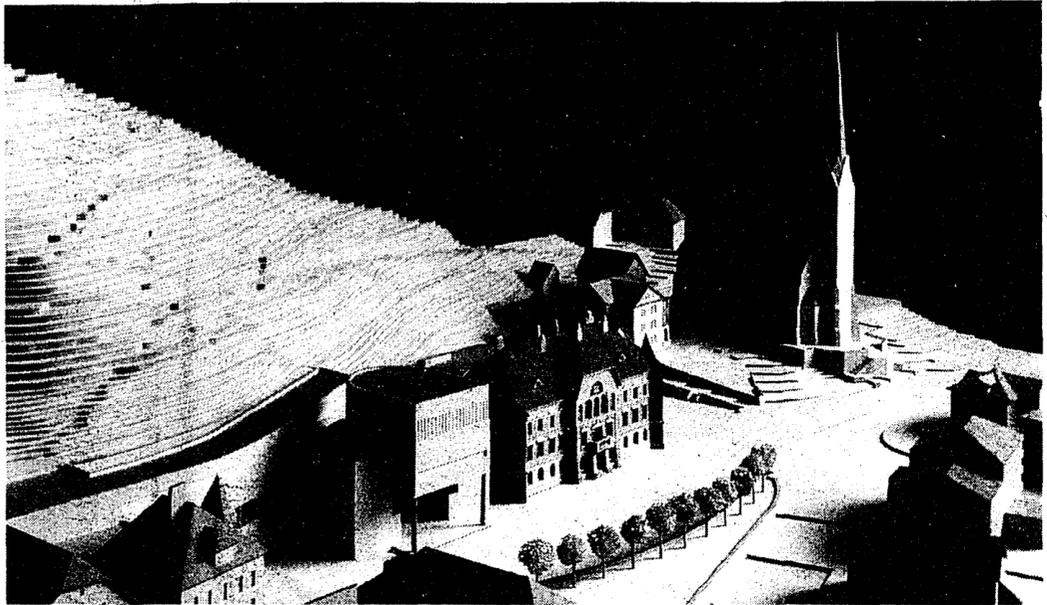
Referendumsvorlage über den Kreditbeschluss des Landtags in Höhe von 58,5 Mio. Fr. vor dem Volk – Abstimmung heute Freitag und Sonntag

(G.M.) – Regierung und Landtag möchten eine Neugestaltung des Regierungsviertels vornehmen, in dessen Mittelpunkt die Erstellung eines eigenen Landtagsgebäudes steht. Gegen den Kreditbeschluss des Landtags, der mit 20 gegen 5 Stimmen zustandekam, wurde das Referendum ergriffen, so dass die mutmasslichen Erstellungskosten von 58,5 Mio. Fr. dem Stimmvolk zur endgültigen Entscheidung vorliegen. Die Urnen sind in den Gemeinden heute Freitag abend und am Sonntag vormittag geöffnet.

Das Projekt sieht den Bau eines repräsentativen Gebäudes für den Landtag vor, der seit der Vergrößerung von 15 auf 25 Abgeordnete im Provisorium in der Musikschule tagt. Begleitet wird das Parlamentsgebäude von einer Hangbebauung sowie der Sanierung und Erweiterung der Museumsbauten. Das ursprüngliche Projekt, das auch einen verkehrsfreien Platz vor dem bestehenden Regierungsgebäude und dem geplanten Landtagsgebäude vorsieht, kann nicht ganz verwirklicht werden, weil die Vädzer Stimmberechtigten einen Bodentausch ablehnten, womit der Verkehr nicht in beiden Fahrrichtungen durch die Aeulestrasse gelenkt werden kann. Wäre diese Verkehrsänderung möglich geworden, so hätte die geplante Fussgängerzone vom Regierungsgebäude bis zum Rathaus verwirklicht werden können.

Vorbehalte wegen Baukosten

Die Bevölkerung steht dem Projekt Regierungsviertel mit verschiedenen Pro- und Kontra-Argumenten gegenüber, wobei ein Ansatzpunkt für die Kritik die äussere Form des Landtagsgebäudes darstellt. Mehr aber noch sind es die Baukosten von 58,5 Mio. Fr. für die Bauwerke, die Vorbehalte nach sich ziehen. Angesichts der angespannten Finanzlage des Staates, argumentieren viele, sollten Regierung und Landtag kein derart grosses Projekt in Angriff nehmen. Befürworter weisen demgegenüber auf die



Heute abend stehen die Urnen erstmals bereit, um über die Neugestaltung des Regierungsviertels zu befinden. Die verschiedenen Bauwerke mit dem Landtagsgebäude im Mittelpunkt erfordern einen Kredit von 58,5 Mio. Fr. (Modell des neuen Regierungsviertels)

Verteilung der Kosten auf mehrere Jahre hin und vor allem auch auf die Auftragslage für das einheimische Baugewerbe, das derzeit die Auswirkungen der Rezession besonders spürt. Ebenso wird die Argumentation in die Diskussion gebracht, dass die ebenfalls geplante Süd-erweiterung des Regierungsviertels im vorliegenden Projekt nicht aufscheint und vor allem die Folgekosten nirgendwo miteinbezogen wurden.

Erweiterung der Museumsbauten

Nicht nur der Landtag, sondern auch die Museen haben mit beengten Platzverhältnissen zu kämpfen. Das Abstimmungsprojekt sieht deshalb die Erweiterung der Museumsbauten und die Sanie-

rung der bestehenden Bauwerke wie Landesmuseum und Verweserhaus vor. «Dieses Museumskonzept bietet die Chance», schreibt die Regierung in der Abstimmungsbroschüre, «dass hier eine wichtige Drehscheibe unseres vielfältigen Kunst- und Kulturlebens entsteht.» Im Mittelpunkt des Interesses steht dabei die Einrichtung eines Naturhauses, in dem die naturkundlichen Sammlungen ausgestellt werden sollen.

Abstimmung mit Testcharakter

Die Meinungen über das Abstimmungsergebnis gehen vorerst noch auseinander, da die befürwortenden und ablehnenden Stimmen quer durch alle Schichten verlaufen. In einem gewissen

Sinne kommt dieser Abstimmung ein Testcharakter zu, nachdem die Planung des Regierungsviertels zweifellos noch unter dem Eindruck des Desasters mit dem Kunsthause steht. Sofern der Kredit für das Regierungsviertel bewilligt wird, so kann aus dem Abstimmungsergebnis geschlossen werden, dass das Kapitel Kunsthause der Vergangenheit angehört. Werden die 58,5 Mio. Fr. jedoch nicht zur Verfügung gestellt, so werden die verantwortlichen Kreise sich ernsthaft überlegen müssen, wie das angeschlagene Vertrauen nach der Kunsthause-Planung wieder hergestellt werden kann. Ein Nein bedeutet nämlich nicht nur die Ablehnung des Projektes, sondern ebenso ein Misstrauenvotum für die Planer.

Anpassungsbedarf im Zollvertrag

Keine einfache Aufgabe für die Unterhändler zur Änderung des Vertrages

(G.M.) – Die vorgesehene Zugehörigkeit des Fürstentums Liechtenstein zu zwei Wirtschaftsräumen, zur Schweiz über den Zollvertrag sowie zum EWR, bringt etliche Schwierigkeiten mit sich. Für die Unterhändler in der Schweiz und in Liechtenstein besteht die recht schwierige Aufgabe, einen Weg zu finden, so dass unser Land sowohl dem EWR angehören kann als auch die bisherigen engen wirtschaftlichen Beziehungen zum Nachbar Schweiz nicht aufgeben muss. Eine gewisse Zuversicht ist derzeit vorhanden, wie an der Pressekonferenz von Regierungschef Hans Brunhart, Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, Botschafter Prinz Nikolaus und Botschafter Dr. Benno Beck vom Mittwoch abend zu erfahren war, doch gibt es auch eine Reihe von Problemen, die gelöst werden müssen.

Wie die Regierung in ihrem Bericht an den Landtag über das EWR-Abkommen ausführte, ging es bei den EWR-Verhandlungen darum, eine Sicherstellung zu erreichen, dass die besonderen bilateralen Beziehungen zur Schweiz im EWR weitergeführt werden könnten. Das Abkommen sieht nach Angaben der Regierung ausdrücklich vor, dass der EWR der schweizerisch-liechtensteinischen Zusammenarbeit im Rahmen ihrer regionalen Union nicht entgegensteht. Die namentlich auf dem Zollvertrag und dem Währungsvertrag basierenden bilateralen Beziehungen können auch im EWR weiterbestehen bleiben und weiterentwickelt werden, erklärte die Regierung vor den Abstimmungen in der Schweiz und in unserem Land.

Beziehungen zur Schweiz

Nun hat sich die Situation insofern geändert, weil die Schweiz den Beitritt

zum EWR-Abkommen ablehnte, während die liechtensteinischen Stimmberechtigten dem EWR-Vertrag zustimmten. Für unser Land blieb im Vordergrund die Frage, ob aufgrund dieser neuen Konstellation sowohl die engen Beziehungen zur Schweiz aufrechterhalten bleiben könnten als auch die Vorteile des EWR-Beitritts zu nützen wären. Für die EWR-Partner stellte sich das Problem, zu verhindern, dass die Schweiz über Liechtenstein in gewissen Bereichen am EWR-Abkommen partizipieren könnte, ohne Mitglied zu sein. Die Schweiz selbst hat dem kleinen Partner Liechtenstein Hand geboten für eine Regelung des gegenseitigen Verhältnisses, woraus mit grosser Wahrscheinlichkeit die Möglichkeit resultieren wird, dass unser Land an beiden Wirtschaftsräumen teilhaben kann.

Noch haben die eigentlichen Verhandlungen mit der Schweiz über die Änderung des Zollvertrages noch nicht begonnen, aber aufgrund der derzeitigen exploratorischen Gesprächen zeichnet sich nach Auffassung der Regierung doch eine Regelung ab. Vorerst aber sind noch die einzelnen Themenbereiche auf ihre Problematik zu untersuchen, damit in den nachfolgenden Verhandlungen eine politische Lösung gesucht werden kann. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein stellen sich bei näherer Untersuchung als äusserst komplexes Gebilde dar, dessen Einzelteile nur mit grossem Aufwand fein säuberlich getrennt werden können.

Auf Seite 3 der heutigen Ausgabe kommen wir nochmals auf die Pressekonferenz über den Stand der Gespräche über die Änderung des Zollvertrages zurück.

63. Automobilsalon gestern in Genf eröffnet

Mit Schlagabtausch über die Frage des Preises der Mobilität – 40 Welt- und Europa-Premieren

Genf (AP) Unter dem Motto «Mobilität à la carte» ist am Donnerstag in Genf der 63. Automobilsalon eröffnet worden. In den offiziellen Eröffnungsreden kam es zu einem Schlagabtausch zwischen Bundespräsident Adolf Ogi und Salon-Präsident Jean-Marie Revaz über die Frage, ob die Mobilität zu billig ist oder nicht.

Der Präsident des Salon-Komitees, Jean-Marie Revaz, kritisierte Politiker, die sagen «Die Mobilität ist zu billig, sie muss teurer werden.» Es gehe zwar noch an, dass eine solche Forderung in den Wohlstandsjahren der letzten Dekade Bestand gehabt habe. Er warf aber die Frage auf, ob es in einer Zeit, in der die

Arbeitssuchenden aufgrund der schwierigen Wirtschaftssituation mehr und mehr mobil sein müssten, in der die Produktions- und Dienstleistungsunternehmen ihre Tätigkeiten konzentrieren und folglich noch mehr Mobilität bräuchten, wirklich nötig sei, die Mobilität zu verteuern.

Bundespräsident Adolf Ogi konterte in seiner Ansprache zur Saloneröffnung mit einem Plädoyer für die Treibstoffzollerhöhung, über die am Wochenende abgestimmt wird. Er gehöre auch zu jenen Politikern, die die Mobilität als zu billig betrachteten, sagte der EVED-Vorsteher. Eines sei für ihn dabei entscheidend: Ohne die 20 Rappen Treib-

stoffzollerhöhung werde die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes auf die lange Bank geschoben. Zur Lage der Automobilindustrie sagte Ogi, sie zeige in Genf Mut, dass sie trotz der Rezession den Mut nicht verloren habe. Die Dynamik der Branche, der Innovationsgeist vor allem im Bereich der Herstellung von sparsamen Autos, werde der Automobilbranche aus der Flaute helfen.

40 Welt- und Europapremieren

Der Genfer Salon gilt auch international als eine der bedeutendsten Automobil-Ausstellungen. Allein am diesjährigen Salon werden 40 Welt- und europäische sowie 60 Schweizer Premieren gezeigt. Insgesamt zeigen rund 300 Aussteller auf einer Nettostandfläche von 51 000 Quadratmetern über 1150 Marken aus rund 30 Ländern.

Beachten Sie dazu auch unseren Sonderartikel zum Automobilsalon ab Seite 13.



Im Beisein von Bundespräsident Adolf Ogi (Bildmitte) wurde gestern der 63. Automobilsalon in Genf eröffnet. Bis zum 14. März sind dort zahlreiche Welt- und Europapremieren zu sehen.

Mode die gefällt !

B/A/S/L/E/R

Modehaus Hannelore

Im Zentrum Kaufin 9494 Schaan